



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
27.05.2020
- 3 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-  
Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018  
Vorlage: 20/SVV/0269  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Weiteres Vorgehen "Minsk"  
Vorlage: 20/SVV/0496  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Jahresbericht Städtepartnerschaften 2019 und geplante Projekte 2020  
Vorlage: 20/SVV/0375  
Oberbürgermeister, Bereich des Oberbürgermeisters
- 5.3 Berichterstattung über Vergabe von Gutachten und Untersuchungen für das  
Jahr 2015  
Vorlage: 20/SVV/0362  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling,  
Steuerungsunterstützung
- 5.4 Vergabebericht 2018/2019 der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0377  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
- 5.5 Mietendeckel  
Vorlage: 20/SVV/0500  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 5.6 Elternbeitragsordnung 2020/2021
- 6 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.05.2020

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungen; sie wird einstimmig **bestätigt**.

Bezugnehmend auf die Niederschrift der 21. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 27.05.2020 verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Zusage, das Konzept der Wohnungstauschbörse den Fraktionen zuzuleiten, was aber noch nicht geschehen sei. Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit und Gesundheit, Frau Meier, entgegnet, dass der Auftrag von ihr ausgelöst worden sei und sie bzgl. der Erledigung nochmals nachfragen werde. Weitere Hinweise gibt es nicht; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

#### zu 3 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 Vorlage: 20/SVV/0269

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Beschlussvorlage mit folgenden Ergänzungen zuzustimmen:

##### **Fragenkatalog (Anlage), Einzelfrage Nr. 1.5:**

**Wurden** grundlegende Fehler bei der Berechnung der Beitragssätze gemacht? Wurden Rechtsnormen falsch angewendet oder ausgelegt - insbesondere vor **den Urteilen** des BVerwG vom 25. 04. 1997 - 5 C 6.96, *juris*, Rn. 11., **Urteil des BVerfG vom 10.3.1998 1 B vR 178 /1997?**

##### **Fragenkatalog (Anlage), Einzelfrage Nr. 1.5:**

Waren **ggf.** diese Fehler durch die damalige Rechtsprechung oder Vorgaben der Fachaufsicht verursacht oder begünstigt (bitte die konkreten Urteile oder Stellungnahmen zur Verfügung stellen)?

Die Nachfrage von Frau Lüdcke, ob sich die Fragen nur auf das Handeln der Stadtverwaltung oder auch auf andere Akteure beziehe, beantwortet Frau Aibel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Im Kern treffe das auf die Stadtverwaltung zu; allerdings seien einige Fragen auch offen formuliert und könnten des Prüfergebnisses entsprechend auch Auswirkungen auf andere haben.

Mit den vom Rechnungsprüfungsausschuss empfohlenen Ergänzungen wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Fragenkatalog (Anlage) dient als Grundlage zur Vorbereitung der Beauftragung eines externen Gutachters zur Aufklärung der Hintergründe und Verantwortlichkeiten bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018.**

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

keine

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Weiteres Vorgehen "Minsk"**

**Vorlage: 20/SVV/0496**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Jahresbericht Städtepartnerschaften 2019 und geplante Projekte 2020**

**Vorlage: 20/SVV/0375**

Oberbürgermeister, Bereich des Oberbürgermeisters

Auf die Frage von Frau Lüdcke nach den Städtepartnerschaften im Bildungsbereich, entgegnet der Oberbürgermeister, dass auch diese von Frau Sommer (Sachbearbeiterin für Städtepartnerschaften) unterstützt werden.

Er führt im Weiteren aus, dass die drei Städtepartnerschaftsjubiläen – 30 Jahre Städtepartnerschaft mit Sioux Falls und Perugia sowie 35 Jahre mit Jyväskylä wegen der Corona-Pandemie nicht in dem vorgesehenen Rahmen stattfinden konnten. Reisen in die Partnerstädte seien aus dem gleichen Grund für dieses Jahr nicht mehr geplant; Frau Sommer bleibt aber im Kontakt mit den Partnerstädten. Er führt weiter aus, dass seit einiger Zeit Interesse der Stadt Jaroslavl an einem Kontaktaufbau mit Potsdam bestehe und im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag des Potsdamer Abkommens gebe es entsprechende

Überlegungen, die aber noch in den „Kinderschuhen stecken“. Interessant sei auch, dass Jyväskylä mit dieser Stadt verpartnert sei.

Auf eine weitere Nachfrage von Frau Lüdcke, warum zur Partnerstadt Bobigny seit einiger Zeit kein Kontakt mehr bestehe, verweist der Oberbürgermeister auf frühere Berichterstattungen. Die Zusammenarbeit sei seit einigen Jahren „versandet“ und beiderseitige Interessen haben sich eher mit Versaille entwickelt. Herr Kolesnyk führt aus, dass die Stadtverwaltung über unbeantwortete Kontaktangebote informiert habe. Oftmals, so der Oberbürgermeister, stehen aktive Vereine hinter den Städtepartnerschaften, ebenso wie engagierte Personen. Deshalb werde auch diese Städtepartnerschaft nicht aufgegeben und vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt wiederbelebt. Daran anschließend betont Herr Dr. Scharfenberg, dass einige dieser handelnden Personen verstorben seien und die entstehenden Lücken erst wieder gefüllt werden müssen. Ebenso verhalte es sich mit der Städtepartnerschaft zu Sansibar, so der Oberbürgermeister, hier seien sein Vorgänger, Herr Jakobs und die ehemalige Beigeordnete, Frau Fischer, aktiv.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.3 Berichterstattung über Vergabe von Gutachten und Untersuchungen für das Jahr 2015**

#### **Vorlage: 20/SVV/0362**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling, Steuerungsunterstützung

Herr Maaß, Steuerungsunterstützung im Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling, erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist auf einen „gewissen Verzug“ der Berichterstattungen, da jetzt über die Vergaben aus dem Jahr 2015 berichtet werde. Auf Grund mehrfacher Verletzungen der Verschwiegenheitspflicht wurde nunmehr ein zweistufiges Verfahren gewählt, dass das Informationsinteresse der Stadtverordneten ebenso berücksichtige, wie die zwingend schützenswerten Interessen Dritter. So wurden weitergehende Informationen im nicht öffentlichen Teil des Rechnungsprüfungsausschusses zur Einsichtnahme ausgereicht und zur Kenntnis genommen. Er betont, dass die fehlenden Berichterstattungen noch in diesem Jahr nachgeholt werden sollen.

Da dieses Verfahren, so Frau Dr. Müller, nur bedingt aussagefähig sei, fragt sie nach, ob sich die Verwaltung eine Mischform vorstellen könne. Diese würde die Themen benennen, ohne die Auftragnehmer aufzuführen. Eine Mitteilungsvorlage wie die hier vorgelegte, brauche sie persönlich nicht.

Auf ihre Nachfrage, wie die Gutachten geplant werden, verweist Herr Exner auf Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und die selbständige Planung jedes Geschäftsbereiches. Darüber hinaus gebe es Gutachten, die verpflichtend seien, wie z.B. die Verkehrswertgutachten. Bezüglich der Anmerkung von Frau Dr. Müller verweist er auf die im Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegte Langfassung. Diese, so Herr Maaß, sei auch allen Stadtverordneten zugänglich gewesen, da sie das Recht haben, an den auch nicht öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen.

Herr Friederich bestätigt als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss, dass die genannte Langfassung vorgelegen hat und ausführlich beraten wurde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.4 Vergabebericht 2018/2019 der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 20/SVV/0377**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement

Frau Rademacher, Bereich Vergabemanagement, erläutert die Mitteilungsvorlage und beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, zur umweltfreundlichen Beschaffung, zur Berücksichtigung der Zahlung von Mindestlohn und zum erwähnten Serviceportal für Vergaben. Dieses, so Frau Rademacher, sei ein internes Portal für Bedarfsstellen, die nur ab und zu Vergaben durchführen und soll ihnen dabei Rechtssicherheit geben. Die Frage von Herrn Walter zu CO<sub>2</sub>-neutralen Druckerzeugnissen werde sie mitnehmen und im Nachgang beantworten. Herr Exner verweist darauf, dass es dazu immer eine separate Berichterstattung gebe und die Stadt im vergangenen Jahr auch einen Preis zu dieser Thematik gewonnen habe.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.5 Mietendeckel**  
**Vorlage: 20/SVV/0500**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit und Gesundheit, Frau Meier, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage und beantwortet gemeinsam mit Herrn Jekel, Bereich Wohnen, die Nachfragen aus dem Hauptausschuss. In der sich anschließenden Diskussion wird das Für und Wider der Instrumente Mietendeckel, Mietpreisbremse und Umwandlungsverbot diskutiert, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.6 Elternbeitragsordnung 2020/2021**

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Auel, erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im RIS als Anlage beigefügt) die Zielstellung, eine neue, rechtskonforme Elternbeitragsordnung (EBO) zum Kitajahr 2020/2021 zu erarbeiten. Bereits in der Hauptausschusssitzung im November vergangenen Jahres habe sie die Handlungsnotwendigkeit und die Herausforderungen für weitgehend einheitliche Beiträge in allen Kitas dargestellt.

Die anstehenden Überlegungen stehen unter dem Vorbehalt einer gemeinsamen Linie aller kreisfreien Städte in Brandenburg.

Sie verweist darauf, dass es nach wie vor keine abgeschlossene Betriebskostenabrechnung 2018 als valide Datenbasis gebe und weiterhin zahlreiche Rechtsunsicherheiten bestehen, wie die:

- Definition sozialverträglicher Einstieg,
- Definition /Ermittlung Einkommen
- Betriebskostenbestandteile (u.a. Grundstück- und Gebäude KitaG §16, 3)

Die für Herbst 2019 angekündigte Vorlage einer Mustersatzung vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gebe es nicht. Ebenso fehle die Mustersatzung, die im Vorfeld einer eigenen EBO vorliegen sollte, um die Wahrscheinlichkeit der Stimmigkeit/Rechtssicherheit zu erhöhen.

Voraussichtlich im Juni werde die Novellierung KitaG (Erstes Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserungen) beschlossen. Der Koalitionsvertrag sehe u.a. vor „die örtlich unterschiedlichen Kita-Beiträge und Belastungen für Familien aufzulösen und dazu sei eine Musterelternbeitragstabelle als Empfehlung geplant. Mit dem Zeitlauf (Juni) werde aber keine Umsetzung zum Start Kitajahr 2020/2021 ermöglicht.

Demzufolge sei eine neue, rechtskonformere EBO zum Kitajahr 2020/2021 aufgrund der Zeitschiene und der Abstimmungsbedarfe nicht realisierbar und müsse jeder Träger eine eigene Elternbeitragsordnung zum Herstellen des Einvernehmens vorlegen.

Eine weitere Verständigung zu dieser Thematik werde es im morgigen Jugendhilfeausschuss geben, insbesondere zu der Notwendigkeit „einen weiteren Rahmen zu spannen“. Danach werde die Stadt auf die Träger zugehen.

Herr Kirsch verweist darauf, dass die Stadt selbst Kitaträger werden sollte, um das Satzungsrecht zu haben. Frau Aubel bestätigt, dass daran gearbeitet und das Vorhaben zum Ende des Jahres untersetzt werde, z.B. mit möglichen Standorten und dem Zeitpunkt der kommunalen Trägerschaft.

Auf die Nachfrage von Herrn Wollenberg, wie zum Kitajahr 2021/2022 eine einheitliche Satzung sichergestellt werden könne, entgegnet Frau Aubel, dass entweder im Vorfeld die erwähnte Mustersatzung vorliege oder die Stadt sich mit einem entsprechenden Vorlauf mit den Trägern einige.

## **zu 6 Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg regt an, den Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten in den Hauptausschuss einzuladen. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass er in der nächsten Gesprächsrunde zum Strandbad am 18.06.2020 gerne eine entsprechende Einladung aussprechen werde.

Im Weiteren regt Herr Dr. Scharfenberg an, einen Vertreter der Deutschen Post in den Hauptausschuss einzuladen. Dazu, so der Oberbürgermeister, gebe es bereits ein konkretes Terminangebot der Deutschen Post für die Hauptausschusssitzung am 12.08.2020, der nur noch bestätigt werden müsse.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach der Mitteilungsvorlage zum Präventionsrat, die für das Frühjahr angekündigt wurde. Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit und Gesundheit, bestätigt, dass der Präventionsrat zweimal getagt habe und dann wegen der Corona-Pandemie nicht mehr. Sie plädiert dafür, eine Mitteilungsvorlage nach entsprechenden Erfahrungen des Gremiums vorzulegen.

### **Persönliche Erklärung:**

Frau Armbruster nimmt Bezug auf ein Schreiben des Klinikums Ernst von Bergmann an die Stadtverordneten, in dem moniert wird, dass den Medien offensichtlich Unternehmensinterna zugespielt wurden, die in der letzten Hauptausschusssitzung eine Rolle gespielt haben. Sie betont, dass sie sich davon nachdrücklich distanzieren. Sie sei irritiert über diese Verhaltensweise und leider sei die Weitergabe nicht öffentlicher Informationen nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Herr Friederich betont, dass es selbstverständlich und Anspruch sein müsse, dass etwas vertrauliches oder nicht öffentliches auch vertraulich oder nicht öffentlich bleibt.

Der Oberbürgermeister richtet einen entsprechenden Appell an alle, da diese

Thematik ein Dauerthema ist.